

Calmer Waoblatt

Nr. 280 Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calm. 98. Jahrgang.

Veröffentlichungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die Zeile 10 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 G.-Pf., Reklamen 30 G.-Pf. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. Donerstag, den 29. November 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 175 Milliarden Mf. wöchentlich. Postbezugspreis 175 Milliarden Mf. ohne Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Nach den letzten heute morgen vorliegenden Nachrichten sind die Bemühungen Stegerwalds, ein Kabinett der bürgerlichen Parteien zustande zu bringen, bis jetzt gescheitert, da die Deutschnationalen an ihre Teilnahme die Bedingung geknüpft hatten, daß auch in Preußen die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgeschaltet werden sollten. Dagegen haben die Demokraten Stellung genommen. Stegerwald will aber sein Kabinett ohne die Teilnahme der Demokraten nicht bilden, weil es dann eine zu enge Grundlage hätte, und deshalb beim Abbruch eine zu kleine Grundlage hätte, und deshalb beim Abbruch unzulänglich würde. Es wird nun davon gesprochen, daß man wieder auf die Koalition der Arbeitsgemeinschaft der Mitte (Zentrum, Deutsche Volkspartei, Demokratie) zurückkommen wolle, die von den Sozialdemokraten wohlwollend behandelt werden würde. Andererseits wird gemeldet, daß Stegerwalds Bemühungen um den Bürgerblock noch nicht erschöpft seien.

Das Reichsgericht hat jetzt den Rechtsanspruch der Hypothekengläubiger auf Aufwertung der Hypotheken grundsätzlich anerkannt. Die Ansprüche dürfen jedoch nicht in solcher Form geltend gemacht werden, daß der Hypothekenschuldner dadurch schwer geschädigt würde.

Die „Sonderbündler“ im Rheinland entpuppen sich immer mehr als Nombies, was sie jetzt sogar selbst zugeben anlässlich der „Auflösung“ der vorläufigen Regierung der rheinischen Republik durch ein Direktorium. Im übrigen scheint die Bewegung sich zu zersplittern.

Die privaten Abmachungen der Ruhrindustriellen mit den Franzosen werden fortgesetzt, jedoch jetzt bald die Mehrheit der Industriellen solche Abkommen unterzeichnet hat. Nachrichten über die Einleitung von Reparationsverhandlungen unter den Alliierten liegen noch nicht vor.

Noch keine Klarheit über die Bildung der Reichsregierung.

Die Bildung des Bürgerblocks gescheitert?

Berlin, 28. Nov. Der Reichspräsident besprach heute morgen mit dem Reichstagsabgeordneten und früheren preussischen Ministerpräsidenten Stegerwald (Ztr.) die Frage der Übernahme der Regierungsbildung. Der Abgeordnete Stegerwald hat sich seine endgültige Entscheidung noch vorbehalten.

Berlin, 29. Nov. Nach Ansicht des „Berl. Tageblatts“, der „Voss. Ztg.“ und des „Vorwärts“ sind nach den Erklärungen der deutschnationalen und der demokratischen Reichstagsfraktion über ihre Stellung zur Frage der Regierungskoalition in Preußen die Verhandlungen der Parteien über die Bildung eines Bürgerblocks im Reich als gescheitert zu betrachten. Auch die Kanzlerkandidatur Stegerwalds ist damit nach Meinung der genannten Blätter erledigt. Im Gegensatz hierzu steht die Auffassung des „Berliner Lokalanzeigers“. Das Blatt teilt mit: „Nach Abschluß der gestrigen Fraktionsbesprechungen im Reichstag begab sich Stegerwald in den Abendstunden zum Reichspräsidenten zu einer Unterredung über den Stand der Dinge in der Kabinettsfrage. Ausdrücklich wird von unterrichteter Seite festgestellt, daß Stegerwald in dieser Besprechung nicht erklärt hat, er könne den Auftrag zur Kabinettsbildung, den er ja formell noch gar nicht übernommen hat, infolge der neuen Lage nicht ausführen.“ — Dem „Vorwärts“ zufolge denkt man jetzt an eine Regierung der Arbeitsgemeinschaft der Mitte, die von der Sozialdemokratie gebildet werden soll.

Die Haltung der Deutschnationalen.

Berlin, 28. Nov. Nach einer Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion hat diese beschlossen, die

deutschnationalen Fraktion im preussischen Landtag zu bitten, nochmals an die bürgerlichen Parteien des Landtags mit der Frage heranzutreten, ob diese geneigt seien, die Bildung einer bürgerlichen Regierung in Preußen umgehend herbeizuführen. Von der Antwort bleibt die Entscheidung der Reichstagsfraktion abhängig. Die deutschnationalen Fraktion des preussischen Landtags hat beschlossen, der Bitte zu entsprechen. Die deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärte sich jedoch bereit, die vorbereitenden Verhandlungen betreffend die Bildung der Reichsregierung weiterzuführen.

Eine Entschliebung der Demokraten.

Berlin, 28. Nov. Die Verhandlungen der Parteien über die Bildung des Reichskabinetts waren auch heute morgen noch nicht abgeschlossen. Den Blättern zufolge gehen die Bemühungen jetzt dahin, auch die Demokraten in die bürgerliche Koalition einzubeziehen. Die Demokraten machen ihren Eintritt in die Koalition von zwei Forderungen abhängig: 1. Fortführung der bisherigen Richtung der äußeren Politik und 2. soll die Regierungszusammensetzung in Preußen den Fraktionen überlassen bleiben. Die „Vossische Zeitung“ glaubt, daß es Stegerwald gelingen werde, innerhalb der nächsten 24 Stunden ein Kabinett zu bilden, in welchem die fünf bürgerlichen Parteien vertreten sein werden.

Berlin, 29. Nov. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat die demokratische Reichstagsfraktion gestern nach längerer Sitzung den Beschluß gefaßt, daß die Fraktion, nachdem von der deutschnationalen Fraktion die Frage der Regierungsbildung im Reich mit der Frage der preussischen Regierungsbildung verquittet und dadurch eine neue Verzögerung u. Beunruhigung geschaffen wurde, weitere Verhandlungen zwischen den Fraktionen ablehnt und sich an der Bildung einer Regierung nur auf dem verfassungsmäßig vorgesehenen Wege, also auf dem Wege von Verhandlungen mit einer vom Reichspräsidenten zum Reichskanzler ausersehenen Persönlichkeit beteiligen wird. Wie weiter aus parlamentarischen Kreisen verlautet, herrscht auch beim Zentrum die Anschauung vor, daß zu einer Aenderung der Koalition in Preußen kein Anlaß vorliegt.

Am Ruhr und Rhein.

Die Verhandlungen der Industriellen mit den Franzosen

Köln, 29. Nov. Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Düsseldorf: Seit vorgestern werden Verhandlungen zwischen dem Mannesmann-Konzern und der Micum über den Abschluß eines Vertrages im Rahmen des geschlossenen Hauptabkommens geführt. Die Verhandlungen beziehen sich nicht nur auf die Kölner Wirtschaft, sondern auch auf alle dem Konzern angeschlossenen Hütten und Industrien. Inzwischen wurde von der Micum die Genehmigung erteilt, mit sofortiger Wirkung täglich 2500—3000 Tonnen Kohlen, also 3 Züge, nach Holland abrollen zu lassen. Die Zulassung dieser Lieferung bedeutet die Wiederinbetriebsetzung von etwa 8 Schachtanlagen.

Paris, 28. Nov. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz sind im Rahmen des allgemeinen Abkommens vom 24. Nov. Sonderabmachungen mit folgenden Firmen getroffen worden: Thyssen, Gute Hoffnungshütte, Mannesmann, Emischer-Lippe, Konstantin der Große, Harpener und Heinrich Heber-Ruhr. Die Verhandlungen mit den Braunkohlenindustriellen werden fortgesetzt. Hinsichtlich der Reparationslieferungen und der Kohlensteuer ist mit den Syndikaten eine Verständigung erzielt worden.

Köln, 28. Nov. Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus lingen berichtet: Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit wurden zwischen der Solinger Handelskammer und den amtlichen englischen Stellen, sowie mit Vertretern der Interalliierten Rheinlandkommission Verhandlungen ge-

pflagen, die zu einem Uebereinkommen geführt haben. Nach diesem Abkommen, das zunächst für drei Monate und für eingetragene Firmen des Solinger Handelskammerbezirktes gilt, soweit sie zu den in Frage kommenden Industrie- und Handelszweigen gehören, ist für eine größere Zahl von Erzeugnissen der Solinger Eisen- und Stahlindustrie für die Ausfuhr nach dem Ausland und dem Versand nach dem unbesetzten Deutschland die Abgabe um 4 bis 8 Prozent ermäßigt worden. Die Ermäßigung gilt für diejenigen Warenmengen, die im Durchschnitt der Monatsmengen 1922 aus dem Solinger Bezirk versandt wurden. Die Verhandlungen über andere in dem Abkommen nicht erwähnte Warengruppen des Tarifes sollen von der Handelskammer sofort in Angriff genommen werden, sofern es sich um Waren handelt, die im Solinger Bezirk hergestellt werden.

Französisches Entgegenkommen gegenüber den Alliierten.

Paris, 28. Nov. Das „Journal des Débats“ teilt, offenbar beeinflusst, im Hinblick auf die zu erwartenden Erörterungen betreffend die Verrechnung der Erträge aus dem Düsselbacher Lieferungsabkommen mit: Obwohl man über keinerlei offizielle Nachrichten verfügt, erscheint die Verständigung nicht ausgeschlossen. Die Presseäußerungen sind heute vormittag günstiger als gestern gewesen. Andererseits ist nicht zweifelhaft, daß man es auf französischer Seite begrüßen würde, wenn sich eine Regelung ermöglichen ließe, die von den französischen Interessen nichts preisgibt und doch den beiden Regierungen erlaubt, das in der vorigen Woche erzielte Einvernehmen aufrechtzuerhalten. Unter diesen Umständen ist es vielleicht nicht überraschend, wenn die Reparationskommission nicht schon morgen an den Kern der Fragen herantritt, oder wenigstens keinen sofortigen Beschluß faßt, sobald Zeit übrig bleibt, um die Bedingungen einer Verständigung festzulegen, umso mehr als man in Deutschland sicher den Wunsch hat, vorher die deutsche Regierungskrise gelöst zu sehen. — Es handelt sich hier um die Frage der Befriedigung der englischen Anteilforderungen bezüglich der Leistungen aus den Abmachungen mit den deutschen Industrien.

Ruhrfragenberatung im englischen Kabinett.

London, 28. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt, es verlautet, daß der Premierminister, der gestern für kurze Zeit nach London zurückkehrte, mit Lord Curzon über die Ruhrfrage konferiert habe. Abgesehen von den lokalen finanziellen Fragen beständen eine Anzahl administrativer Einzelheiten, die ständig erwogen werden müßten.

Die Sonderbündlerromödie.

Köln, 29. Nov. Wie die „Kölnische Volkszeitung“ von gut unterrichteter Seite erfährt, ist die Regierung Matthes gestürzt worden. An ihre Stelle hat sich ein Diktator namens Hektor Erz gesetzt. Matthes soll nach Düsseldorf geflüchtet sein.

Koblenz, 28. Nov. Wie die „Düsselbacher Nachrichten“ erfahren, hat die vorläufige Regierung der rheinischen Republik in einem heute an den Oberkommissar Tirard gerichteten Schreiben ihre Auflösung erklärt. Der Generalbevollmächtigte teilte dem Vorsitzenden der Rheinlandkommission mit, daß in den letzten Tagen bereits 3 Mitglieder des Kabinetts ausgeschieden seien, nachdem es sich schon 14 Tage vorher in zwei Teile gespalten hatte, von denen jeder für sich Kabinettsbeschlüsse fälsches Aussehen angenommen, inzwischen durch das Kabinett aufgelöst. „Obersten Heeresleitung“ habe sich eine Militärdiktatur herausgebildet, bei der ein Sekretär namens Rosenbaum die Hauptrolle spielt. Bezeichnend ist das offene Geständnis am Schluß des Schreibens, für die Auflösung sei der Umstand mitbestimmend gewesen, daß die vorläufige Regierung zum Teil aus unfähigen und unehrlichen Menschen zusammengesetzt gewesen sei.

Ausland.

Polnische Klagen wegen der Ausweisung polnischer Staatsangehöriger aus Bayern.

Berlin, 27. Nov. Die offiziöse polnische Tel. Ag. veröffentlicht eine Meldung aus München über die Ausweisung polnischer Staatsangehöriger, wonach 60 Familien

esundheit.
mer, behaupt
und mache. Er
dafür möglich,
hen und sich ge
hingewiesen, daß
Sie haben festge
acher und zarter
von ernsthaften
der Liebe geheilt
r allen anderen
Krankheit eines
überraschend, daß
it aufblüht und
erweckt die Men
hi sie kraftvoller
ruh's.
theater gelangte
„Kosengarten“,
ile der Trilogie
ta behandelt den
eine Tendenz ist
verkörpert durch
ine Geistigkeit des
ine sehr herzliche
Bilderprach über
n mehrmals ge
rag
rts,
nnst.
n Du
agt,
ver-
Bei-
zung.
mann, Galt,
deret Calm
ember 1923.
ge.
Bekanntem
unser lieber
er
B
†
ge" sch vorer
schlagen ist
lieben.
ittag 2 Uhr.
e ist die
eszeitung.
chränke
gold, Fernspr.
126.
Zentner schweren
ren
Gemeinderat

einen Befehl zur Ausreise innerhalb 48 Stunden, ja sogar innerhalb 24stündiger Frist erhalten hätten. Diese Meldung ist stark übertrieben. Die von der bayrischen Regierung erfolgten Ausweisungen betreffen nur einen kleinen Bruchteil der in Bayern lebenden polnischen Staatsangehörigen, nämlich von 1500 nur 45. Die Gründe für die Ausweisung sind auf Grund mehr oder weniger schwerer Verstöße gegen die wirtschaftliche Gesetzgebung erfolgt. Aus dem gleichen Anlasse sind übrigens von der bayrischen Regierung auch Angehörige anderer Staaten ausgewiesen worden, sodaß von einer ausschließlich gegen Polen gerichteten Maßnahme nicht gesprochen werden kann. Da in einigen Fällen die Verstöße leichter Natur waren, hat die bayrische Regierung eine Anzahl von Ausweisungen wieder aufgehoben. Der Rest der Ausweisungsbefehle wird einer nochmaligen Prüfung unterzogen. Zur Durchführung gelangt sind bisher überhaupt noch keine Ausweisungen. Die Durchführung ist vielmehr bis zur endgültigen Entscheidung der bayrischen Regierung ausgesetzt worden. Die Meldung von Ausweisungen mit 24, bzw. 48stündiger Frist ist also eine reine Erfindung. — Die Polen aber weisen täglich deutschsprachige Staatsangehörige und deutsche Staatsangehörige aus, unter irgend einem nichtigen Vorwande.

Begnädigung eines Deutschen Spions in Amerika.

Washington, 28. Nov. Der wegen Spionage zuerst zum Tode verurteilte und nachher zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte deutsche Staatsangehörige Lothar Witzke wird durch einen Gnadenakt des Präsidenten Coolidge in den nächsten Tagen aus dem Gefängnis entlassen und deportiert werden.

Zeppelinverkehr Spanien—Südamerika.

Paris, 28. Nov. (Woff.) Die „Chicago Tribune“ meldet aus Madrid, daß in einigen Monaten eine deutsch-spanische Gesellschaft einen Zeppelinverkehr zwischen Sevilla und Buenos Aires mit einem regelmäßigen dreitägigen Dienst eröffnen werde. Die Dampfer brauchen für die genannte Strecke in der Regel zwei volle Wochen. Der Plan werde nach der Rückkehr des Königs aus Italien zur Unterschrift unterbreitet werden. Die Deutschen würden bei diesem Unternehmen die Fachleute und Führer der Luftschiffe stellen, während spanische Bankiers das Unternehmen finanzieren sollen.

Deutschland.

Entlassung Reichswehrangehöriger in Sachsen.

Berlin, 29. Nov. Der „Vorwärts“ meldet aus Dresden, das Wehrtreikommando 4 habe mehrere ältere Unteroffiziere und auch einige Offiziere, die sich schwere Angriffe gegen die sächsische Bevölkerung hätten zu Schulden kommen lassen, aus dem Heere entfernt.

Der Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken durch das Reichsgericht anerkannt.

Berlin, 29. Nov. Wie die „Vossische Zeitung“ aus Leipzig meldet, hat der V. Zivilsenat des Reichsgerichts in Leipzig in einem heute verkündeten Urteil den Grundsatz der Aufwertung der Hypotheken anerkannt und den Hypothekengläubigern die Befugnis zugesprochen, die Aufhebung von Hypotheken zu verweigern, wenn die Rückzahlung nur in Papiermark erfolgen soll. In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß der Grundsatz: „Mark bleibt Mark“ nicht unbedingt aufrecht erhalten werden könne. In der Aufwertungsfrage müsse jedoch auch auf die wirtschaftlichen Umstände der Jetztzeit Rücksicht genommen werden. Es müsse unter allen Umständen die wirtschaftliche Lage des Schuldners und müßten die Lasten öffentlicher Art, die dem Grundbesitz auferlegt sind, berücksichtigt werden. Auch müsse berücksichtigt werden, ob es sich um ein Grundstück, um industriellen, landwirtschaftlichen oder Hausbesitz handelt. Die Bestimmungen des deutschen Währungsrechtes ständen der Aufwertung der Hypotheken nicht entgegen.

Der Reichswirtschaftsrat für Abbau der Grundpreise.

Berlin, 28. Nov. Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung hat einstimmig eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die vielfach zu hoch angelegten Goldpreise müssen schleunigst abgebaut werden, da andernfalls die Konkurrenz mit dem Auslande auch künftig unmöglich ist. Der innere Markt ist ebenfalls nicht genügend aufnahmefähig, da der früher rentenbestehende Mittelstand enteignet ist und die breiten Schichten der Bevölkerung bei den hohen Goldpreisen noch nicht kaufähig genug sind. Mit der Verteilung der Goldzahlungsmittel, die beschleunigt werden muß, und mit der Beseitigung der künstlich niedrig gehaltenen Einheitskurve muß einhergehen der sofortige Abbau der Mißloprämiem und zu hoher Grundpreise.

Eine schwere Strafe wegen Weigerung der Annahme von Papiergeld.

Berlin, 29. Nov. Wie die „Deutsche Kolonialwaren- und Lebensmittelrundschau“ meldet, wurde in Frankfurt am Main ein Drogist, der sich weigerte, einem Kunden Petroleum gegen Papiermark abzugeben mit der Begrün-

dung, er bekomme Ware nur gegen wertbeständiges Geld wieder, zu 6 Monaten Gefängnis und 10 Billionen Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht begründete das Urteil damit, daß es eine abschreckende Wirkung haben solle.

Beim Schlittschuhlaufen ertrunken.

Stolberg, 29. Nov. Beim Schlittschuhlaufen auf dem Glas- hüttenweiher brachen 15 Personen ein, von denen 6 ertranken.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 29. November 1923.

Gegen die Selbsterziehung.

Die Eo. Pressekorrespondenz schreibt:

Sind wir Deutsche wirklich so weit, daß wir das Werk unserer Feinde vollenden und uns gegenseitig zerfleischen wollen? Mit der steigenden Not unseres Volkes haben sich die Gegensätze der Klassen und Parteien maßlos verschärft; es ist manchmal, als verstände keiner mehr die Sprache des andern, und immer wieder heißt's: es kommt doch noch zum Bürgerkrieg! Muß es wirklich so weit kommen? Doch nur, wenn wir gelähmt oder verblendet uns so weit treiben lassen! Was ist denn damit gewonnen, daß man Bruderblut vergießt, Häuser plündert und anjündet, deutsche Volksgenossen entrechtet? Schafft man damit Brot? Befestigt man dadurch unsere Währung? Steigt dadurch unser Ansehen im Ausland? Ist das der Weg zum Wiederaufbau, zur Einigkeit und zur Freiheit? Selbstverständlich lassen sich die tiefen Gegensätze in unserm Volk nicht durch gütliches Zureden wegblasen; sie müssen ausgetragen werden, aber das läßt sich durchs Faustrecht nicht erreichen. Es ist war, ohne verhängnisvolle Fehler und Verzäumnisse auf deutscher Seite wären wir in besserer Lage; aber viele, die den Splitter aus ihres Bruders Auge ziehen wollen, werden nicht gewahr des Balken in ihrem Auge. Und dann mache man sich doch ganz nüchtern klar: so gewiß es dringende Pflicht jeder Regierung ist, den Schädlingen, die das allgemeine Elend zu ihrem Profit ausnützen, gründlich das Handwerk zu legen, dem Papiermarkhammer zu steuern und die Volksernährung zu sichern, so kann doch keine Regierung uns mit einem Schlag von den Folgen des verlorenen Kriegs befreien und von heute auf morgen unserem zerstörten Kredit im Ausland wieder herstellen. Wer auch das Heft in der Hand haben mag, muß mit den gegebenen Verhältnissen rechnen, muß uns den mühsamen Weg der Arbeit, der Entbehrung und des Opfers führen. Das Grundgebot unserer Rettung lautet dahin, daß keine Volksschicht sich weigern darf, ihren gerechten Anteil an der allgemeinen Not zu tragen. Sollte es denn unmöglich sein, daß wir uns auf diesem Boden zusammenfinden? Müßen wir uns die Schädel einschlagen, statt uns die Hände zu reichen? Noch ist die große Mehrheit der deutschen Menschen nicht wahnsinnig geworden. Die Stimme der Vernunft und des Gewissens muß durchdringen; geben wir ihr nur laut und unermüdet das Wort!

*

Württemberg und die neuesten Reichsteuern.

Die wiederholten eindringlichen Vorstellungen der württ. Regierung über die Wirkungen der August-Steuergeetze, gleichlaufend mit entsprechenden Bemühungen anderer Länder, haben den Reichsfinanzminister zu einem Erlaß an die Landesfinanzämter veranlaßt, der wenigstens teilweise den württ. Beanstandungen entgegenkommt. Stundungs- und Erlaßgesuche sollen mit wirtschaftlicher Anvorengekommenheit und wirtschaftlichem Verständnis entschieden werden. Entgegenzukommen ist nur den Leistungsschwachen, bei diesen darf vor allem die Einziehung der Steuern nicht dazu führen, daß Betriebe zum Erliegen gebracht oder wirtschaftliche Existenzen vernichtet werden. Muß damit gerechnet werden, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers in absehbarer Zeit keine Veränderung erfahren, so ist zu prüfen, ob nicht ein Erlaß der Steuer zweckmäßiger ist als eine unvalorisierte Stundung. Bei der Landabgabe sind die kleineren Betriebe mit besonderer Schonung zu behandeln, zumal wenn die Erträge nur zum notwendigen Unterhalt ausreichen. In solchen Fällen ist die Landabgabe zu erlassen. Bei mittleren und größeren Betrieben kann zinslos gestundet werden. An dem Wehrbeitragswert als Steuerbemessungsgrundlage ist dann nicht stark festzuhalten, wenn sich daraus erhebliche Härten ergeben, zumal wenn bei der Wehrbeitragsveranlagung der gemeine Wert statt dem Ertragswert zu Grunde gelegt wurde. Hier ist durch entsprechenden Teilerlaß der Landabgabe Abhilfe zu schaffen. Die Finanzämter sollen Beträge bis zu 30 G.M., die Landesfinanzämter solche bis zu 150 G.M. erlassen. Bezüglich der Arbeitgeberabgabe muß insbesondere vermieden werden, daß lediglich diese weitere Betriebseinschränkungen zur Folge hat. In gleicher Weise ist auf die Handwerker Rücksicht zu nehmen und in Fällen von Verträgen, die vor Inkrafttreten der Arbeitgeberabgabe geschlossen wurden, und bei denen die Abgabe nicht inkalkuliert wurde. Niemals darf die Erhebung der Abgabe dazu führen, daß der Betrieb zum Erliegen kommt oder wirtschaftliche Maßnahmen vorgenommen werden müssen, die ihm billigerweise nicht zugemutet werden können.

Die alten und die neuen Vieismärkte.

Vom 1. Dezember ab können die Marken der jetzigen Art der Papiermarkwährung, wenn sie ausnahmsweise noch zur Freimachung verwendet werden, nur zum einfachen Nennwert angedreht werden, also nicht mehr zum vierfachen Wert, wie dies gegenwärtig der Fall ist, wo 20 Milliarden auf einem Fernbrief dem Portofaj von 30 Milliarden entsprechen. Die neuen Marken werden in den nächsten Tagen nach Rentenmarkwährung ausgegeben.

Tagung der württ. Gaswerksvereinigung.

Die Württ. Gaswerksvereinigung tagte neulich in Stuttgart. Gegenstand ihrer Beratungen war die Kohlenbeschaffung, die Kohlenbelieferung der Gaswerke und die Kalkulation der Gaspreise. Von fast allen Werksleitern wurden Klagen darüber geführt, daß die meist zu spät eingenommenen Gasgelder in den letzten Monaten nur noch einen Bruchteil des Wertes hatten, mit dem zuerst kalkuliert war. Außerdem haben die Gaswerke erhebliche Verluste durch Ueberweisung der Gelder an die Kohlenengroßhandlungen, Kohlenzehen und sonstigen Lieferwerke erlitten, weil die überwiesenen Beträge bekanntlich erst zu dem am Eingangstage geltenden Kurs gutgeschrieben wurden. Fast alle Werke haben daher je nach ihrem Einzugsverfahren mehr oder weniger ruind geworden. Durch Festsetzung der Gaspreise in Goldmark bei täglicher Umrechnung in Papiermark ist eine Besserung eingetreten, doch sind die Verluste durch mangelnde Unterbringung der täglich eingehenden Papiermark immer noch erheblich. Bezüglich der Kalkulation der Gaspreise wurde durch Rundfrage festgestellt, daß die Werke im Trieben mit einem Kohlenpreis von 22 Goldmark frei Gaswerk bei sehr guter Saarkohle rechnen konnten, während sie heute bei ober- und nieder-schlesischer Kohle, mit wesentlich geringerer Gasausbeute als die Saarkohle, mit einem Mittelpreis von etwa 42—45 Goldmark und bei teilweiser Verwendung von englischer Kohle mit einem noch höheren Preis rechnen müssen. Daher wurde für größere Werke ein Mindestgaspreis von 20, für kleinere von 25 Goldpfennig pro ohm genannt. Diese Mindestgaspreise sind jedoch nur für modern eingerichtete Werke mit Bahnanschluss gültig. Außerdem müssen die Unkosten der Geldentwertung zugeschlagen werden. Allgemein wurde festgestellt, daß viele Gaswerke viel zu niedere Preise haben. Die Werksleiter wurden dringend gebeten, bei ihren Behörden darauf hinzuwirken, daß von dort die Notwendigkeit der Erhöhungen erkannt wird, damit eine Erschöpfung des Kohlenvorrats und eine Stilllegung der Werke vermieden wird.

Beschränkung der Einwandererzulassung nach Nordamerika.

Nach Mitteilung der Stuttgarter amerikanischen Konsulats wird infolge der raschen Erschöpfung der Einwanderungsquote für die in Deutschland geborenen Personen, das Visum von nun an nur noch solchen Personen gewährt, die bereits Vorladungen empfangen haben. Weitere Vorladungen werden nur noch an folgende Einwanderer ausgegeben: Ehefrauen, Eltern, Geschwister, Kinder unter 18 Jahren und Verlobte von amerikanischen Bürgern. Bereits ausgegebene Vorladungen können widerrufen werden und garantieren nicht für das Visum. Es sollte sich daher niemand endgültig auf die Abreise vorbereiten, der nicht das Visum hat. Für Geschäftsreisen wird das Visum nur an Vertreter alter Firmen gewährt und es ist Nachweis vorzulegen, daß der Aufenthalt in den Vereinigten Staaten 6 Monate nicht überschreiten wird. Wann Gesuche um das Visum nächstes Jahr gestellt werden können (wahrscheinlich im Juni 1924) wird später bekanntgegeben.

Das Vorkommen von Jod.

Jod ist für die Bekämpfung des Kropfbüßels, das seit der Kriegszeit stark zugenommen hat, von außerordentlicher Bedeutung. Das Chemische Landesuntersuchungsamt hat festgestellt, daß sich in den württ. Salzlagern nur ausnahmsweise und wenig Jod finden läßt, daß dagegen in einem Teil des Muschelkalks und namentlich des Juragesteins, insbesondere in Verbrennungsrückständen des letzteren, von diesem heutzutage recht wertvollen chemischer Körper nicht unerhebliche Mengen zu gewinnen sein dürften.

Ein Polizeibeamter von Kommunisten erschossen.

(SCH.) Stuttgart, 28. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Gestern Abend entdeckte eine Streife der Fahndungsabteilung II des Polizeipräsidiums, die sich auf der Suche nach einem Verbrecher befand, in einer Wirtschaft am Leonhardsplatz eine geheime kommunistische Versammlung. Dabei wurde ein Zettel vorgefunden, der auf das Haus Rothenbergstraße 112 in Döheim verwies und besagte, daß dort unter einem bestimmten Stichwort Kommunisten anzutreffen seien. Noch im Verlaufe des gestrigen Abends wurde der Oberwachmeister Tschirch mit einem weiteren Beamten und einem Schutzmann nach der Rothenbergstraße 112 entsandt. Er fand Einlaß und wurde nach dem Hause Alfredstraße 7 in Döheim verwiesen. Als Führer dorthin wurde ihm der 12jährige, der kommunistischen Jugend angehörige Sohn der Familie mitgegeben. In dem erwähnten Hause der Alfredstraße trafen Oberwachmeister Tschirch und der andere Kriminalbeamte tatsächlich 10 Kommunisten an. Tschirch suchte diese geheime Versammlung mit vorgehaltenem Revolver in Schach zu halten und sandte den anderen Beamten nach der nahe gelegenen Polizeiwache am Ostendplatz, um Verstärkungen zu holen. Als die Beamten kamen, fanden sie den Oberwachmeister Tschirch innerhalb der Haustüre tot vor. Er hatte eine durchschossene Brust. Die Kommunisten waren durch das Geräusch entflohen. Die Ein- und Ausschlußlöcher der Tür in dem betreffenden Zimmer stehen erkennen, daß ein Feuergefecht durch die Tür stattgefunden hatte. Oberwachmeister Tschirch hatte sämtliche Munition seines Revolvers verschossen. Nach den Tätern wird gefahndet. Bis jetzt sind mehrere Festnahmen erfolgt.

*

(SCH.) Stuttgart, 28. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Am Mittwoch nachmittag fand im Stuttgarter Gewerkschaftshaus eine Versammlung von Erwerbslosen statt, in der sich die Redner in maßlos heftigen Äußerungen ergingen und für eine Demonstration auf dem Mark-

...nung.
...lich in Stutt.
...Kohlenbeschaffung,
...e Kalkulation der
...en Klagen darüber
...Gasselder in den
...es Wertes hatten,
...ben die Gaswerke
...elder an die Koh-
...en Lieferwerte er-
...ntlich erst zu dem
...eben wurden. Fast
...ngsverfahren mehr
...estigung der Gas-
...in Papiermarkt ist
...ste durch mangelnde
...ermarkt immer noch
...spröße wurde durch
...rieben mit einem
...sehr guter Saas-
...ober- und nieder-
...ausbeute als die
...42-45 Goldmar-
...r Kohle mit einem
...wurde für größere
...nere von 25 Gold-
...spreise sind jedoch
...ahnungslust gütlich
...erlung zugesprochen
...iele Gaswerke viel
...urden dringend ge-
...n, daß von dort die
...d, damit eine Er-
...legung der Werte
...nach Nordamerika,
...er amerikanische
...Höpfung der Ein-
...geborenen Per-
...solchen Personen
...ngen haben. Wei-
...folgende Einwan-
...schwisler, Kinder
...merikanische Bür-
...en können wider-
...r das Bismarck.
...die Abreise vorbe-
...schäftigereisen wird
...en gewährt und es
...halt in den Per-
...ritten wird. Wann
...gestellt werden kön-
...d später bekannt-
...en erschaffen.
...iger Seite wird mit
...e der Fahndungsab-
...auf der Suche nach
...fast am Leonbardo-
...lung. Dabei wurde
...Rosenbergstraße 112
...nter einem bestimm-
...n. Noch im Verlaufe
...meister Tschirch mit
...ymann nach der Koh-
...sch und wurde nach
...weisen. Als Führer
...munistischen Jugend
...In dem erwähnten
...ster Tschirch und der
...nisten an Tschirch
...gehaltenem Revolver
...Beamtinnen nach der
...h, um Verstärkungen
...st sie den Oberwacht-
...st vor. Er hatte eine
...ren durch das Fenster
...der Tür in dem be-
...in Feuergefecht durch
...eister Tschirch hatte
...sollen. Nach den Tä-
...Festnahmen erfolg-
...diger Seite wird mit
...Stuttgarter Gewerks-
...Erwerbslosen
...gerischen Äußerungen
...auf dem Markt

Platz agitierten. Im Anschluß an diese Versammlung bildete sich vor dem Rathaus eine Ansammlung von etwa 800-1200 Personen. Durch das Eingreifen der Polizei konnte diese verbotene Ansammlung ohne Waffengebrauch bald zerstreut werden. Das Gleiche war der Fall bei späteren, kleineren Ansammlungen auf dem Wilhelmplatz, dem Marienplatz und in der Karlsvorstadt. Einige Festnahmen sind erfolgt.

(S.C.B.) Kirchentellinsfurt, 28. Nov. Dieser Tage wurde ein hier wohnhafter Student auf dem Heimweg von Tübingen am „Sträßle bei den alten Weinbergen“ von zwei Rowdies überfallen mit der Drohung: „Geld oder das Leben!“ Des einen Angreifers entledigte sich der Ueberfallene dadurch, daß er ihm mit seinem Spazierstock, der dabei in Stücke ging, einen solchen Schlag verfehlte, daß er zusammenbrach. Daraufhin stürzte der zweite Genosse auf den Studenten los und brachte ihm einige Messerstiche bei. Durch die Flucht konnte er sich weiterer Stiche entziehen.

(S.C.B.) Tuttlingen, 28. Nov. Auch dieses Jahr werden die Arbeiter in der A.G. für Feinmechanik an den kommenden Samstagen zwei Ueberstunden leisten. Der Verdienst dieser Ueberstunden kommt auf Weihnachten an die Armen zur Verteilung. Auch die Firma wird einen Zuschuß beisteuern.

(S.C.B.) Aalen, 27. Nov. Der Siedlungsverein hat die Absicht, auf dem Galgenberg neue Doppelwohngebäude oder 18 Wohnungseinheiten zu erstellen, wozu das erforderliche Bauholz sowie sonstige Baumaterialien bereits vorhanden sind. Er richtete an die Stadt das Ersuchen, ihm die notwendigen Geldmittel, sowie den Bauplatz zur Verfügung zu stellen. Der Oberbürgermeister unterstützte das Gesuch, zumal dadurch nicht nur der Erwerbslosigkeit, sondern auch der Wohnungsnot gesteuert würde. Der Gesamtaufwand beträgt 162 000 Goldmark und nach Abzug von 15 Prozent für vorhandene Materialien noch 133 000 Goldmark oder ca. 7650 Goldmark für eine Wohnungseinheit. Die Vorlage wurde genehmigt.

(S.C.B.) Ellwangen a. J., 28. Nov. Ein Geschäftsmann des hiesigen Oberamtsbezirks, der sich geweigert hatte, Schmalz gegen Papiermarkt zu verkaufen, wurde lt. „Jagstztg.“ auf Antrag des Oberamts vom Wehrkreiskommando V in Stuttgart in Schutzhaft genommen und erst wieder entlassen, als er sich unter schriftlich bereit erklärt hatte, Schmalz gegen Papiermarkt zu verkaufen. — Ebenso wurde ein Landwirtssohn aus dem Bezirk in Schutzhaft genommen, der auf dem Wochenmarkt in Ellwangen am 24. November für ein Pfund Landbutter 2.10 bzw. 2.15 Goldmark verlangt hatte. Der Butter wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

(S.C.B.) Ellenberg O.V. Ellwangen, 28. Nov. Darüber, daß zur Zeit auf dem Lande alles Mögliche, z. B. auch Langholz im Wald gestohlen wird und eine große Unsicherheit herrscht, wird überall geklagt. Aber noch nicht dagesprochen ist, daß die Feuerpreise eines Ortes entwendet wurde. So geschah in der Teifgemeinde Breitenbach.

(S.C.B.) Mergentheim, 28. Nov. Ein Händler aus Unterbach kaufte in Elpersheim einen Stier. Obwohl er wußte, daß es ihm verboten ist, das Tier über die Grenze nach Baden zu führen, versuchte er doch sein Glück und machte vorfichtigerweise bei Mergentheim „hintenherum“. Er lief aber, laut „Lauberzeitung“, dem Landjäger erst recht in die Hände. Trotz heftigen Protestes wurde der Stier des Händlers beschlagnahmt. Die Staatsanwaltschaft ordnete an, daß das Tier geschlachtet und das Fleisch an sämtliche Metzger zum Verkauf gebracht wurde. Der Erlös von 302 Billionen wurde beim Amtsgericht hinterlegt.

17) **Das Auge des Buddha.**
Roman von Friedrich Jacobson.
„Die Verlobung ist eigentlich aufgelöst,“ sagte Westen befangen, doch das schöne Mädchen sah ihm dabei lächelnd ins Gesicht.
„Aber dennoch tragen Sie das Bild auf dem Herzen; Ulrich, ich bin nicht blind, Amazonen haben auch Frauenaugen. Und nun wollen wir davon abrechnen — sehen Sie diese Menschenwoge: Die Theater sind nun zu Ende, auch in unserem Zirkus wird jetzt bis auf das Brüllen der Sulamith Friede einkehrt sein.“
Den Rest des Abends war sie heiter und zutraulich — so wie Künstler miteinander zu verkehren pflegen, die sich wohl gern haben, aber nicht daran denken, daß ein flüchtiges Tändeln niemals tiefere Gefühle auslösen könnte. Aber als sie um Mitternacht ihre Wohnung betrat und von der alten Dienerin mit einem fragenden Blick empfangen wurde, fiel die Maske von ihrem Gesicht.
„Ist mein Beruf wirklich so gefährlich?“ fragte sie. Mich dünkt, der Tod geht hier oft an uns vorüber — für mich hat er seine Schrecken verloren.“
„Habt Ihr Euch gezankt, Kindchen?“
„Nein — gib das Wahrsagen auf. Nach Deinen Karten sollte zwischen ihm und mir der Treffbube liegen, und es ist die Treffkönigin. Ich wollte, ich hätte Haß oder Tränen, so habe ich nichts als Dich und meine Araberstute und höchstens noch das bißchen Händeklatschen der Menge. Morgen soll man mir Blumen werfen oder mich vom Sand aufheben — ich tue Morelli den Gefallen, und mache den Salto mortale über die Hürde.“

**Gieb
keinen Auftrag
nach auswärts,**

den Du hier erledigen lassen kannst.
Bedenke, daß jeder Auftrag, den Du
am Platze erteilst, mit dazu beiträgt,
die Zahl der Erwerbslosen zu ver-
kleinern und damit auch die Bei-
träge zur Erwerbslosenunterstützung.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.
Der Kurs der Reichsmark.
Berliner Briefkurse.

1 Dollar	4210,5 Ma.
1 Goldmark	1002,5 Ma.
1 Schweiz. Franken	737,84 Ma.
1 franz. Franken	228,57 Ma.
1 holl. Gulden	1694 Ma.
Reichsindeß für Lebenshaltung	1535 Ma.
Goldumrechnungsjahr für Steuern	1000 Ma.

Der Verkauf von Rentenmark wieder unterbrochen.
Berlin, 29. Nov. Der Verkauf von Rentenmark mußte heute vorübergehend aus technischen Gründen unterbrochen werden. Wie die Blätter mitteilen, konnte das Personal, das die Verbuchung der Verkäufe zu bewirken hat, mit seinen Arbeiten dem Andrang des Publikums nicht folgen. Mit irgendwelchen Vorgängen auf dem Devisenmarkt hat diese Maßnahme entgegen den verschiedenen Gerüchten nichts zu tun.

Reichsmietenzuschläge in Goldmark.
Das württ. Ministerium des Innern hat nach Anhörung von Vertretern von Vermietern und der Mieter mit Wirkung vom 1. Dezbr. ab für alle Gemeinden des Landes die Zuschläge zur Grundmiete, für Verwaltungskosten und Instandsetzungskosten, erstere auf 2, letztere auf 18, zusammen also auf 20 Proz. der Friedensmiete in Goldmark festgesetzt. Die Bezahlung kann in Festwerten, die auf Goldmark lauten, oder in Papiermarkt erfolgen; im letzteren Falle ist diejenige Summe zu bezahlen, die dem amtlichen Goldmarkkurs des Zahlungstages entspricht. Während der Dauer der jetzt vorgeschlagenen Regelung treten die bisherigen abweichenden Bestimmungen des Ministeriums des Innern zur Ausführung des Reichsmietengesetzes außer Kraft, insbesondere auch die Bestimmungen über die Erhöhung der zu bezahlenden Beträge bei vierteljährlicher Zahlung.

Sechstes Kapitel.

Dieser Salto mortale — der Todesprung — war eine besondere Erfindung des in solchen Dingen unerlöschlichen Direktors. Es geschieht gar nicht selten, daß Schulkreier oder Schulkreierinnen am Schluß ihrer zwar kunstvollen aber durchaus gefahrlosen Vorstellung die Bestie im Publikum ein klein wenig kitzeln und ein Hindernis nehmen, das indessen viel schlimmer aussieht als es wirklich ist. Denn die Barriere wird nur lose und leicht aufgelegt, so daß ein Sturz kaum vorkommen kann; auf dem Zettel aber heißt es:
„Die berühmte Schulkreierin Miß N. N. wird am Schluß der Nummer mit ihrem Springpferd X. den Salto mortale ausführen.“
An diesem Punkt setzte Morelli ein und konstruierte eine sogenannte „feste Hürde“, die zwar nach Belieben höher oder niedriger gestellt werden konnte, bei der aber die einzelnen Bretter zwischen Klammern lagen, so daß ein Hängenbleiben der Pferdehufe unweigerlich zum Sturz führte.
Natürlich wurde dem lieben Publikum diese Einrichtung sorgfältig erklärt, und wenn der große Moment herannahte, so rafften sich alle Hälse in dem behaglichen Gefühl, daß es hier höchstens um einen fremden Hals ging.
Ulrich war als Neuling mit diesem „Todesprung“ verschont geblieben; sein Vorgänger Mister Stevens aber hatte ihn wiederholt gemacht und auch an Subica war der Direktor mit dem gleichen Anfinnen herangekommen. Sie weigerte sich und schüzte vor, daß Fatme kein Springpferd sei — und nun entschloß sie sich plötzlich dennoch dazu, obwohl die Araberstute wirklich etwas zu klein für die Hürde war.

(S.C.B.) Stuttgart, 28. Nov. Infolge der Verleisung am Geldmarkt und der ungewissen politischen Verhältnisse zeigte sich an der heutigen Börse eine große Materialabgabe, der keine Aufnahmehaft gegenüberstand, so daß die Kurse auf der ganzen Linie, teilweise erheblich abdrückten.

Es notierten:	M.S.U.	— 2,5 (8)
Von Banken:	Württ. Metall	— 0,5 (6)
	Von den übrigen Wertpap.	
W. Hypothekend.	Bad. Anilin	— 3 (40)
W. Vereinsb.	Cement Heidelberg	— 4,75 (20,25)
Von Branerereien:	Der kommende Tag	+ 0,3 (3,3)
Ravensburg	Deutsche Veriag	+ 10 (30)
Ehlingen	Kaiser Otto	— 4 (15)
Wulle	Knoß	+ 1,5 (7,5)
Von Textilwerten:	Knorr	— 5 (15)
Unterhausen	Rön-Rottweil	— 3 (17)
Kolb & Schüle	Leibbrand	— 0,6 (3,9)
Pfersee	Kraft Müwürtt.	— 3 (15)
Kotteln	Krumm	— 2 (5)
Kuchen	Nedarwerke Ehlingen	— 2 (3,5)
Wellersdorf	Salz Heilbronn	— 30 (10)
Württ. Katun	Stung. Bäckerei	— 3 (??)
Leinen Braubereun	Stuttg. Vereinsbuchd.	+ 3,5 (13)
Von Maschinen- u. Metallwerten:	Stuttg. Zucker	— 2,5 (13)
Daimler	Südd. Holz	— 4 (13)
Feinmech. Tuttlingen	Union D. Verlag	— 1 (14)
Koch	Berein. Del	— 3 (25)
Magirus	Württ. Elektr.	— 4 (12)
Laupheim Werkz.	Württ. Transport	+ 2 Bill.
Maschinen Ehlingen	Hefter	(10 Bill.)
	Weingarten	— 8 (22)
	Ziegel Ludwigsburg	— 4 (12,5)

Im Freiverkehr kann die Abschwächung besonders stark zum Ausdruck.

Neue Milchpreisverhandlungen.
Die Landwirtschaftliche Korrespondenz schreibt: Am Dienstag, den 27. Nov., traten die Spitzenverbände der Landwirtschaft und der Städte zu erneuten Verhandlungen zusammen, um sich über den Milchpreis ab 1. Dezember 1923 und über die Auszahlungsbedingungen schlüssig zu werden. Die Vertreter der Landwirtschaft forderten in Anbetracht der Tatsache, daß Baden und Bayern den Frischmilchgrundpreis bereits seit längerer Zeit auf 16 Pfennige festgesetzt haben und auch im Hinweis auf die Leiden für sämtliche landwirtschaftlichen Erzeugungsmittel eingetretene Uebersteuerung ebenfalls einen Grundpreis von 16 Goldpfennigen bei Bezahlung des ganzen Milchgebdes in Form von wertbeständigen Zahlungsmitteln. Da die Vertreter der Städte auf diese Forderung nicht eingehen zu können, wurde für Mittwoch, den 28. Nov., eine neue Verhandlung anberaumt, die ebenfalls wieder zu keinem Ergebnis führte. Die Angelegenheit wurde dem Schiedsgericht unterbreitet, das unmittelbar an die Preisverhandlungen sich angeschlossen. Auf Grund des Schiedspruchs beträgt der **Frishmilchpreis frei Sammelstelle ab 1. Dezember 1923 15 1/2 Goldpfennige für 1 Liter Milch** und zwar vorerst einmal für die Dauer bis Mitte Dezember. Eine Erhöhung des Grundpreises vor diesem Termin kann nur dann vorgenommen werden, wenn die Preisbewegung in Baden und Bayern für Württemberg die Gefahr entstehen läßt, daß infolge eines allzu niedrigen württembergischen Milchpreises Milch abwandert. Die Auszahlung des Milchgebdes hat in Form von wertbeständigen Zahlungsmitteln und zwar mindestens 14tägig zu geschehen. Dabei sollen solche Erzeuger, die dies beantragen, Abschlagszahlungen ebenfalls in wertbeständiger Form von den Städten erhalten.

Als Subica am nächsten Vormittag Morellis Kontor betrat um ihren Entschluß mitzuteilen, fand sie den Italiener in der größten Aufregung.
Er wartete gar keine Anrede ab, sondern schrie das Mädchen an:
„Also Sie sind wenigstens noch da! Wissen Sie, was diese Nacht passiert ist?“
„Nein,“ sagte Subica ruhig, „aber ich weiß was gestern abend hätte geschehen können.“
„Gestern abend — was denn?“
„Ein Mord.“
Der Direktor machte eine unwillige Bewegung.
„Unsinn — wir sind keine Räuberbande, aber Senor Sanchez mein unerfesslicher Dompteur, ist diese Nacht durch die Lappen gegangen — hol ihn der Teufel!“
„Das wird der Teufel sicher mal tun,“ entgegnete Subica spöttisch. „Hat dieser Spanier denn auch die Sulamith mitgenommen?“
„Die Sulamith? Das fehlte noch — das ist doch kein Schoßhund!“
„Nein, sie ist das einzige wertvolle Stück Ihrer Menagerie den Bändiger nicht ausgenommen.“
Subica setzte sich auf das kleine Sofa und betrachtete die Spitzen ihrer schlanken Füße; auch der Direktor nahm Platz wie bei allen Südländern war der Zorn bei ihm ebenso schnell vertraucht wie aufgeköhlt.
„Sie nehmen die Sache verdammt kaltblütig, Fräulein Subica. Was soll nun werden? Die Dompteure wachsen doch nicht wie die Pflückerlinge.“

(Fortsetzung folgt.)

Zeitpsychose.

Von Magdalene Eisenberg.

O tempora, o mores —?

Nein, das ist es ja eben, daß die Zeit an so vielen häßlichen Zeitercheinungen, wie man sie heute erlebt, im Grunde genommen, keine Schuld trägt. Wir leben nur in einer Zeit, in der die Masten fallen. Und wenn ich an einen Menschen, der sich als ein Mensch von Kultur gibt, eine höfliche briefliche Anfrage richte, und ich erhalte keine Antwort, so beweist er dadurch nur, daß seine Kultur nichts weiter als ein bißchen Zivilisationstünche war, und sollte er sogar im öffentlichen Leben die Rolle eines Kulturträgers spielen. Solche Fälle habe ich viele in letzter Zeit erlebt und gehört. Nachstehende kleine Mitteilungen mögen Schlaglichter auf die äußere Zivilisation werfen, welche vorgibt, innere Kultur zu sein.

1. Leichenfledderer. Ort der Handlung: das neue Polen. Müllers hatten, da sie Polen verlassen mußten, eine Anzeige in die Zeitung gesetzt, daß sie Möbel zu verkaufen hätten. Also:

Klinglinglingling.

„Sie wünschen?“

„Sie haben Möbel zu verkaufen. Darf ich mal sehen?“

„Bitte, treten Sie näher.“

Nach einer Stunde, nachdem alles bis ins Kleinste besesehen ist: „Ja — hm. Wir kommen noch einmal wieder, meine Braut und ich. Wir müssen wegen des Büffets erst mit meinem Schwiegervater sprechen.“

„Bitte, bitte! Das wollten Sie vor vier Wochen, als ich einen Schreibtisch annonciert hatte, auch. Sie dachten, hier gibt's was geschenkt, die Leute sind in der Notlage usw. Jeder zweite macht es so und will dann — wiederkommen. Der eine muß erst seine Frau, die andere erst ihren Mann fragen.“

„Was — wie? Auf Wiedersehen!“

„Ja, auf Wiedersehen — bei der nächsten Annonce.“

2. Der gute Freund. Flüchtlingslager. Das ist der „tote Akt“, auf den sich der aus der Heimat vertriebene Deutsche im Vaterlande setzt, bis er vielleicht eine Wohnung und damit Ausflucht hat, auf einen „grünen Zweig“ zu kommen.

Familie Schulze sah auch im Flüchtlingslager, in der hölzernen Parade, schlug sich mit Fischen, Wanzgen und Erklärungen herum und sehnte sich nach den Fleischstücken — zwar nicht Po-

Wie sind die Tage . . .

Wie sind die Tage schwer!
An keinem Feuer kann ich erwärmen,
Keine Sonne lacht mir mehr,
Ist alles leer,
Ist alles kalt und ohne Erbarmen,
Und auch die lieben klaren
Sterne schauen mich trostlos an,
Seit ich im Herzen erfahren,
Daß Liebe sterben kann.

Hermann Hesse.

lens (denn dort war das Fleisch ebenso knapp), aber früherer Zeiten.

Besuch. Alter Studienfreund. Bringt, da er soeben ein Dreizentnerschwein auf seiner ländlichen Stelle geschlachtet hat, Wurst und Butter mit. Rührung. Angeregte Unterhaltung. Er verspricht wiederkommen und seine Frau mitzubringen. Das Ehepaar Schulze, von Dankbarkeit erfüllt, sinn nach, womit es den guten Freund, der von seinem in Wäde zu schlachtenden „Bierzentnerschweinchen“ erzählt, erfreuen könnte. Denn wenn er dann wieder etwas mitbrachte, wäre das doch schon beinahe peinlich. Herr Schulze entschließt sich, eins seiner Gemälde zu opfern, das in normalen Zeiten den zwanzigfachen Wert (oder mehr) der gespendeten Nahrungsmittel hatte. Und der Herr steckt das Gemälde (Größe 30 mal 40) in seinen Rucksack, schüttelt verbindlichst die Hände des Ehepaars und zieht ab.

Schulzes können vor Rührung kaum essen. Sie schreiben eine Dankkarte. Keine Antwort. Sie schreiben nach vier Wochen einen langen Brief. Keine Antwort. Sie schreiben nach einem Vierteljahr eine Karte, daß sie in ein anderes Lager kämen. Keine Antwort. Sie sehen einander an und begreifen dies sonderbare Verhalten nicht. Bei einem Bierzentnerschwein . . .?

3. Die reiche Verwandte. Da den Kindern die Lagerkost gar nicht bekommen wollte und sich Symptome der „Englischen Krankheit“ zeigten, kann das Ehepaar Schulze auf Mittel, wie sie zu Fett oder Eier käme. Da fiel Herrn Schulze seine Kusine Thea ein. Die war, als Herrn Schulzes Vater noch das schöne Delikatessengeschäft gehabt hatte, fast täglich zu Schulzes gekommen, und ihre Brüder auch. Und da wurden dann die Schokolade, die Apfelsinen, Bananen und Konfekt nicht gespart. Also schrieb Herr Schulze, weil seine Kusine inzwischen zur Be-

stherin eines Rittergutes von 1500 Morgen geworden war, einen freundlichen Brief mit der Bitte um Eier und Butter, die er später dem Geldsturz entsprechend bezahlen wollte.

Als Antwort kam ein Schreiben der Hauslehrerin, was besonders Frau Schulze kränkte. Und in diesem Schreiben stand: „... ja, und ob Sie es glauben oder nicht, wir haben tatsächlich nur zwanzig Hühner auf dem ganzen Gut, die fast alle nicht legen. Und dann haben wir doch auch Ruhrkinder hier zur Arbeit usw. Na, und Butter essen wir selber nicht einmal, immer nur Marmelade. Ihre Frau Kusine liegt krank zu Bett, daher kann sie selber nicht schreiben. Sie läßt Sie und Ihre Frau Gemahlin schön grüßen, aber es geht leider nicht zu machen. Geschlachtet wird auch vorläufig nicht. Es hört sich alles unglaublich an, aber...“

„Ja, es hört sich unglaublich an,“ sagte Herr Schulze, beschämt den Kopf schüttelnd, „aber es...“

... ist Quatsch, Alter,“ tröstete ihn seine Frau.

4. Der Leidensgenosse. „Nein, das ist zu freundlich, lieber Herr Bumke, daß Sie uns den großen schweren Torfsack bis in die Parade getragen haben, und das nun schon zum drittenmal. Da, nehmen Sie doch, bitte, es ist ja nicht viel, aber Sie wissen ja, wie schwer man im Lager zu Geld kommt.“

„Nein, ich nehme nichts. Ihr Mann, der Herr Schulze, hat mir damals auch umsonst das Schreiben an die Verwaltung aufgesetzt, und da...“

„Aber das hat mein Mann doch gern getan. Das macht ihm ja keine Arbeit. Und das Schreiben hat Ihnen doch leider nichts geholfen.“

„Dafür kann er nichts. Also, wenn Sie mich wieder brauchen, dann holen Sie mich man getrost.“

„Dann vielen, vielen Dank, und Gott vergelt's-Ihnen, Herr Bumke.“

Hm, dachte Frau Schulze, es gibt also auch Leute, die gegen die Zeitpsychose immun sind.

Nachwort.

Den letzten Gedanken der Frau Schulze wollen wir uns zu Herzen nehmen. Wir dürfen uns von den Verhältnissen nicht moralisch unterkriegen lassen. Wir dürfen die schlechten Instinkte in uns nicht zur Herrschaft gelangen lassen mit der Ausrede, daß die Zeiten so schlecht seien. Sonst fault unser ganzes Volk von innen heraus. Denn in der Brust jedes einzelnen liegt das Schicksal des ganzen Deutschen Reiches.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw. Druck und Verlag der A. Dellschäfer'schen Buchdruckerei Calw.

Die Nachzahlung für IV. November-Quartal ist den Gehaltsempfängern am 27. November überwiesen worden. Staatsrentamt Hiesau.

Getreidemühlengenossenschaft Althengstett, e. G. m. b. H.

Wer im Besitz von wertbeständigem Geld ist, kann künftig den Mahlohn mit solchem bezahlen. Ein Zentner kostet Mk. 1.20 und für Nichtmitglieder Mk. 1.50. Der Roggenzuschlag ist aufgehoben. Im übrigen besteht Milderzwang wie bisher.

Der Verkauf von Mehl, Kleie und Staub findet dieses mal ausnahmsweise nicht am ersten, sondern am Montag, den 3. Dezember, nachmittags 1 Uhr, statt. Zur Bersteigerung kommen unter den Mitgliedern

50 Ztr. 0-Mehl und Brotmehl und je verschiedene Ztr. Kleie, Futtermehl u. Staub gegen bar
S. A.: Vorsitzender Braun.

Stammheim Oberamt Calw.

Unterzeichneter verkauft im Auftrag am Samstag, den 1. Dezember, nachmittags 1 1/2 Uhr im Forsthaus daselbst, gegen Barzahlung:

1 Pferdegeschirr, 1 Bogenpeitsche, 1 Chaise, Gartentische mit Stühle, sonstige Tische, 1 Dezimalwaage, Bettstelle sowie Sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen.

Stadtmv. Kolb.

Tausch.

Ein fettes Schwein gegen 3 PS. Drehstrommotor, neu, sofort zu tauschen gesucht. Christ. Kurz, techn. Büro, Calw Stuttgarterstr. 393. Fernsprecher 57.

Durchschreibbücher Karteien

G. Köbele, Nagold Fernsprecher 126.

Warnung!

Derjenige, der meinen Sack Mehl von der Straße weggenommen hat, ist erkannt. Wird der Sack Mehl bis Freitag nicht abgegeben bei Müller Luz in Naislach werde ich gerichtlich vorgehen. Joh. Wurster, Bauer, Aigenbach.

Wegen Aufgabe des Fuhrwerks verkaufe ich einen gut erhaltenen

Federwagen,

für Mehger oder Botenfuhrwerk geeignet, sowie einen leichteren

Feder-Britschenwagen.

Gustav Schneider, Simmozheim.

Alzenberg.

Einen ca. 1 Jahr alten **Farren**

oder ein ca. 1/2 Jahr altes **Kind**

evtl. auch ein schönes **Läuferschwein**

vertauscht im Auftrag gegen Frucht, Heu, Holz od. dgl.

Joh. Rothacker.

Zu vertauschen:

Mehl und Wein gegen Heu u. Hafer.

Dsk. Schlanderer, Calw Fernsprecher 112.

Zu verkaufen:

1 Amerikaner-Schrankchen, (für Konior)

1 Kinderstreu-Pult mit Stuhl. Lederstraße Nr. 179.

Kleinhandelsbund Calw.

Bei wertbeständiger Zahlung gewähren wir bis auf weiteres einen Rabatt von 10 %.

Lichtspieltheater Badischer Hof. Heute Donnerstag abends 8 Uhr Die Tochter des Wasserkönigs Drama in 6 Akten. Mit Beiprogramm.

Altburg.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 1. Dezember 1923 mittags 12 Uhr stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen.

Friedrich Ganzhorn, Eva Maria Koller.

Sommenhardt.

Zu unserer am Samstag, den 1. Dezember 1923 stattfindenden

kirchlichen Trauung

laden freundlichst ein

Gottlieb Rothacker, Christine Kleinbud.

Kirchgang 1 Uhr in Zavelstein.

Zugstier



2 1/2-jährig, zirka 11 Zentner Gewicht, sofort preiswert zu verkaufen.

Christian Kurz, Neuhengstett.

Abmorgenfrische Seefische

Frig Freudenberger.

Rafsch berichtet das „Calwer Tagblatt“ über alle wissenswerten Vorkommnisse!